

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Hauptstadt: Leipzig
Sonntag, 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkonton: Dresden 183
Stroße Riesa Nr. 52.

Nr. 212.

Freitag, 11. September 1923, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen in die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige in Konturschrift. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstellige Unterhaltungsbeilage "Wochenspiegel an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Postanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Vorbereitungen beim Reichskanzler.

Dr. Brüning. Die wir hören, sind zurzeit an der Nordsee, wo sich der Reichskanzler Dr. Brüning und der Reichsaußenminister Dr. Stresemann aufhalten, bedeutungsvolle politische Vorbereitungen im Gange. Der juristische Sachverständige des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Dr. Gaus, der in Begleitung des Staatssekretärs Dr. von Schubert zum Außenminister Dr. Stresemann gereist ist, hat sich auch zum Reichskanzler Dr. Brüning begeben, um ihm Bericht zu erstatten. Schon jetzt sind unter den leitenden deutschen Staatsmännern Erörterungen im Gange, die sich auf die bevorstehende Einladung der alliierten Regierungen an Deutschland beziehen. Diese Besprechungen haben streng vertraulichen Charakter, so daß über die nächsten Absichten des Reichskabinetts vor dem am Sonnabend stattfindenden Rückreise des Reichskanzlers und des Außenministers nach Berlin kaum etwas zuverlässiges gesagt werden kann. Es dürfte aber zutreffen, daß Außenminister Dr. Stresemann gemeinsam mit Staatssekretär Dr. von Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gaus zum Reichskanzler Dr. Brüning gefahren ist und mit ihm über die Lage konferieren wird. Die Zusammenkunft am Reichskanzler Dr. Brüning und Außenminister Dr. Stresemann wird von amtlicher Seite verschwiegen, aber wir erfahren aus sehr zuverlässiger Quelle, daß sie zurzeit im Gange sein dürfte oder unmittelbar bevorsteht. Der Aufenthaltsort des Kanzlers, der ebenfalls an der Nordsee weilt, wird nicht genannt, da man den Reichskanzler in der gegenwärtig wichtigen Zeit der Vorbereitungen vor unerwünschten Besuchern schützen will.

Inzwischen sind aus Genf sehr bestimmt lautende Meldungen eingetroffen, wonach die alliierte Einladung an Deutschland am Freitag oder Sonnabend offiziell erfolgen wird. Die uns hierzu von maßgebender Regierungsstelle mitgeteilt wird, dürfte die Einladung zunächst nicht in hoch-offizieller Form erfolgen, sondern man wird auf diplomatischem Wege zunächst bei der deutschen Regierung anfragen, ob ihr Aufnahme als Tagungsort genehmigt ist und ob sie sich bis Ende September in der Lage sieht, ihre Vertreter zu einer Besprechung zu delegieren. Weiter ist behauptet worden, daß sich nur der Reichskanzler Dr. Brüning und der Außenminister Dr. Stresemann zu einer solchen Konferenz begeben würden und daß der zur deutsch-nationalen Partei gehörende Minister des Innern Schiele zunächst an den Verhandlungen nicht beteiligt sein dürfte. Diese aus Genf stammenden Meldungen müssen mit größter Vorsicht aufgenommen werden. Solange die Reichsregierung ihre Dispositionen noch nicht festgelegt hat, steht es nicht fest, welche Mitglieder das Reichskabinetts zu den Verhandlungen entsenden wird. Kommt eine große Konferenz in Frage, so ist es ganz natürlich, daß der Reichskanzler des Innern als Vertreter der stärksten Regierungspartei zur deutschen Delegation gehören muß, da doch letzten Endes die schwerwiegendsten Entscheidungen zu treffen sind, die nur auf einstimmiger Basis innerhalb des Reichskabinetts gefaßt werden können. Eine solche Einkimmigkeit aber wäre nur dann zu erzielen, wenn der Minister des Innern der deutschen Delegation angehört und an Ort und Stelle die Situation genau übersehen könne. Im übrigen spielt die Frage der Zusammenfassung der deutschen Delegation nicht die Hauptrolle, sondern weit wichtiger ist die Frage, ob innerhalb des Reichskabinetts eine völlige Einkimmigkeit über die außenpolitische Lage hergestellt wird und ob es den deutschen Unterhändlern gelingt, von den alliierten Regierungen diejenige Forderung zu erreichen, die man deutscherseits als ein Mindestprogramm und als die notwendige Voraussetzung für das Zustandekommen des Sicherheitspaktes angesehen hat. Die Einkimmigkeit der Regierung unter ist selbstverständlich schon jetzt gesichert und es wäre ganz verfehlt, aus der Zusammenfassung der deutschen Delegation irgendwelche Rückschlüsse hinsichtlich der Stimmung innerhalb des Reichskabinetts ziehen zu wollen.

Im übrigen wäre es sehr falsch, zu glauben, daß die Reichsregierung der weiteren Entwicklung der Dinge völlig abwartend gegenüberstehe. Nichts wäre verfehlter als eine passive Haltung Deutschlands, die nur als Zeichen der Schwere und der Unschlüssigkeit aufgefaßt werden würde. Wir glauben zu wissen, daß die Reichsregierung sich nicht das Geringste an dem Handeln von den Entschlüssen der alliierten Regierungen vorzuschreiben lassen wird und daß es vor dem Zustandekommen einer Konferenz noch zu sehr eingehenden Auseinandersetzungen mit den Entente-Mächten kommen muß, die zwar in Genf Beschlüsse von größter Tragweite gefaßt haben, die aber immer mit der Tatsache rechnen müssen, daß man ohne die freiwillige Zustimmung Deutschlands nicht zum Ziele kommen kann.

Bereitstellung des Berliner Magistrates.

Dr. Brüning. In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung teilte Oberbürgermeister Böhm mit, daß der Magistrat beschließen habe, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen. Um die Preissteigerungen zu lenken, werde die städtische Güterbetriebsgesellschaft sich unmittelbar mit der Landwirtschaft in Verbindung setzen, um Vieh einzukaufen, das auf den Schlachthöfen unter städtischer Kontrolle geschachtet und unter Beteiligung der Berliner Schlächter in Laden und in der Markthalle den Verbrauchern zugeführt werden solle.

Die Frage der Ministerkonferenz.

Paris. Das von Genf berichtete aus Genf: Man erklärte gestern abend in Kreisen der alliierten Delegationen, daß eine gemeinsame Mitteilung an die deutsche Regierung im Hinblick auf die Zusammenberufung der Ministerkonferenz zur Beratung des Sicherheitspaktes bevorstehe. In dieser Mitteilung, die keine formelle Einladung darstelle, würde erklärt werden, daß die Besprechungen soweit gegeben seien, daß jetzt nur ein direkter Meinungsaustausch zwischen den Regierungen möglich sei, jedoch würde kein Zeitpunkt und kein Ort für die Verhandlungen angegeben werden. Man glaubt zu wissen, daß der deutschen Regierung mitgeteilt wird, daß die italienische Regierung an der zukünftigen Konferenz teilnehmen werde. Was die Teilnahme Polens und der Tschechoslowakei anbetraf, so scheint es sich zu bestätigen, daß diese beiden Staaten, ohne direkt zu den Verhandlungen über den Rheinpaß zugezogen zu werden, doch eingeladen würden, um sich dann in der Nähe der Konferenz zu halten, damit während der Konferenz mit ihren Vertretern über alle sie interessierenden Fragen beraten werden könne.

London. (Funkpruch.) Der diplomatische Berichterstatter des Daily Telegraph schreibt, es liege jetzt die Festlegung dafür vor, daß man in Washington verlegen und veräußert sei über den Vorschlag, daß der Völkerbund selbst eine Abrüstungskonferenz einberufen solle. Beide Wünsche seien noch verifiziert worden durch Berichte, daß eine solche Konferenz seit einige Jahre nach dem Abschluß eines Paktes verschoben werden könne.

Einladung Deutschlands zur Ministerkonferenz über die Sicherheitsfrage.

Genf. Von zuverlässiger Seite wird zu verstehen gegeben, daß im Laufe des gestrigen Nachmittags an den Außenminister Dr. Stresemann ein von Briand unterzeichneteter Brief abgegangen sein soll, der die Einladung zur Teilnahme an der geplanten Ministerkonferenz über die Sicherheitsfrage enthalte. In dem Brief sollen keine Angaben über den Zeitpunkt der Ministerkonferenz, noch über den Konferenzort enthalten sein. Ferner soll die Frage der Teilnahme Italiens an den weiteren Verhandlungen offen gelassen sein.

Für Aufhebung der Finanzkontrolle in Desterreich.

Genf. Der Völkerbundsrat sprach sich gestern nachmittags in feierlicher, öffentlicher Sitzung grundsätzlich für die endgültige Aufhebung der Finanzkontrolle des Völkerbundes in Desterreich aus. Der Abbau der Kontrolle soll in zwei weiteren Stufen erfolgen und von der Erfüllung wirtschaftlicher Bedingungen abhängig gemacht werden.

Frankreichs Anregung zu einer Wirtschaftskommision in Genf.

Genf. In der gestrigen von Doumer bekannte gegebenen Anregung Frankreichs, eine Unternehmung der Wirtschaftskommision in allen Ländern zu veranstalten, verlangt, daß Frankreich nicht etwa an eine nahe bevorstehende internationale Wirtschaftskonferenz denke, sondern meint, zunächst sollte der Völkerbundrat unter Heranziehung des gesamten technischen Apparates des Völkerbundes alle vorliegenden technischen Aufnahmen, um einer später durch den Völkerbund einzuheraufenden Wirtschaftskonferenz alle Unterlagen zur Schaffung einer internationalen Organisation zu geben, die die Verteilung der Rohstoffe, wie auch der Produktion und des Absatzes für alle Staaten nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln hätte. Die französische Regierung geht bei ihrem Vorschlag von dem Gedanken aus, daß die hochschulpflichtigen Tendenzen, denen man heute in Europa folgt, ebenso schädlich und gefährlich sind, wie das Weltrenten auf dem Gebiet der nationalen Rüstungen.

Schiedsgericht für die Arbeiter bei den Reichsverwaltungen.

Berlin. Die unter Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Knebel gebildete Schlichtungskammer zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten der Arbeiter bei den Reichsverwaltungen hat am 10. September im Reichsarbeitsministerium getagt. Der gefällte Schiedsspruch steht in seinem wesentlichen Inhalte vor, daß die zum 31. August gekündigten Grundlöhne mit Wirkung vom 1. September wieder in Kraft treten. Dazu wird den Parteien aufgegeben, mit Beschleunigung die Arbeitsverhältnisse eingehend nachzuprüfen und sie, wo es zur Ausgleichung an die vergleichbaren tarifmäßigen Durchschnittslöhne privater Unternehmungen erforderlich ist, mit Wirkung vom 1. September 1923 entsprechend zu erhöhen. Die Parteien haben sich auf diesen Schiedsspruch bis Montag, den 14. dieses Monats mittags 12 Uhr zu erklären.

25 Millionen Dollarkleihe der Rentenbankkreditanstalt.

Berlin. Die Verhandlungen der deutschen Rentenbankkreditanstalt über den Abschluß einer amerikanischen Anleihe haben, wie verlautet, zu einer grundsätzlichen Einigung mit der National City Bank of New York geführt. Es dürfte sich nur noch um die Erzielung von Formalitäten handeln. Die Kreditsumme beläuft sich auf 25 Millionen Dollar. Die Anleihe ist mit sieben Prozent verzinslich. Der Ausgabezeitpunkt, aber den noch verhandelt wird, dürfte sich zwischen 22. und 24. September bewegen. Die Rückzahlung der Anleihe soll zu parti erfolgen. In der heutigen Verwaltungsratsitzung der Rentenbankkreditanstalt soll der Vertragentwurf vorgelegt werden, zu dem auch die Reichsregierung ihre

Zustimmung geben muß. Die deutsche Tageszeitung mitteilt, daß der in Berlin weilende Präsident der National City Bank Mitchell gestern dem Reichsernährungsminister Graf Rantz einen Besuch abgestattet, um mit ihm die Frage des amerikanischen Agrarkredits zu besprechen.

Aussperrung der Bauarbeiter in Ostpreußen.

Königsberg. Nachdem in den letzten Tagen in 18 verschiedenen Orten Ostpreußens die Bauarbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegt haben und die Verhandlungen zur Beilegung der Lohnstreitigkeiten ergebnislos geblieben sind, ist gestern vom ostpreussischen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in einer Generalversammlung die allgemeine Aussperrung der Bauarbeiter für Sonnabend, 12. September, beschlossen worden.

Entwaffnungsnote und Schutzpolizei.

Berlin. Ueber den Stand der Verhandlungen mit der interalliierten Kontrollkommission über die Forderungen der alliierten Entwaffnungsnote vom 5. Juni, betreffend die Entmilitarisierung und Entkastrierung der Schutzpolizei, weiß das "D. T." mitzuteilen, daß man sich mit dem Verlangen auf Herabsetzung der Stärke der Schutzpolizei von 180000 auf 150000 Mann werde abfinden müssen. Die militärische Ausbildung der Schutzpolizei soll auf das Minimum der vollständigen Bedürfnisse herabgesetzt werden. Für die Notwendigkeit der Ausbildung geschlossener Verbände zur Schaffung einer schlagkräftigen Polizeitruppe hätten die interalliierten Kommissare ein gewisses Verständnis aufgebracht. Was die militärische Rangbezeichnung der Schutzpolizei betrifft, so hätten die deutschen Behörden die Kontrollkommission darüber nicht im Zweifel gelassen, daß eine Aenderung der Dienstgradbezeichnung eine starke innerpolitische Belastung bedeuten würde. Das Offizierskorps würde dafür keinerlei Verständnis aufbringen. Auch vor dem Abtritte hätten in Berlin Offiziersbezeichnungen bei der Polizei bestanden. Hinsichtlich des staatlichen Charakters der Schutzpolizei bestehe die Absicht auf Aenderung des gegenwärtigen Beamtenrechts und zwar sollen die Rechte der alten Schutzmannschaft wieder hergestellt werden. Weiter werde daran festgehalten, daß die jüngsten Jahrgänge in geschlossenen Formationen zusammengehalten werden. Die Erhaltung isolierter Hundertschaften sei notwendig, namentlich zum Schutze des platten Landes bei innerpolitischen Krisen.

Das Urteil im Leipziger Hochverratsprozeß.

Leipzig. Der Staatsgerichtshof in Leipzig fällt am Donnerstag folgendes Urteil: "Das Verbrechen gegen Gröblewicz, Schumacher und Schlicht wird auf Grund des Amnestiegesetzes eingestellt. Maslow wird wegen Vergehens gegen § 86 des Strafgesetzbuches in Tateinheit mit § 7 Riffer 4 und 5 des Republikstrafgesetzes zu vier Jahren Gefängnis und fünfjähriger Wartgeldstrafe, zu den Kosten des Verfahrens und Ausweisung aus dem Reichsgebiet verurteilt. Die Geldstrafe und ein Jahr der Freiheitsstrafe gelten durch die Unteruchungshaft als verbüßt. Außerdem wird auf Einziehung der Schrift: „Die russische Revolution von 1917 sowie auf Vernichtung der Platten und Formen erkannt".

In der Urteilsbegründung.

Werte der Vorstehende, Landgerichtsrat Lorenz, aus, daß die Angeklagten sich auch nach dem 1. Oktober 1923 in strafbarer Weise betätigt hätten, daß diese Betätigung aber bei den Angeklagten Gröblewicz, Schumacher und Schlicht unter der Amnestie falle, sodas das Verfahren einzustellen sei. Bei Maslow könne jedoch die Amnestie nicht zur Anwendung kommen, da nach dem Willen des Reichstages die Mitglieder der Zentrale der kommunistischen Partei von der Amnestie nicht betroffen werden sollen. Die kommunistische Partei habe mindestens seit der Kuborkrise ein konkretes hochverräterisches Unternehmen geplant, sodas der Tatbestand des § 86 des Strafgesetzbuches gegeben sei. Der Plan sei in der Folge so konkret geworden, daß von Maslow aus ein Termin für die Durchführung angelegt wurde. Maslow habe den hochverräterischen Plan durch geistige Tätigkeit unterstützt, und das genüge für den Tatbestand der Mittäterschaft.

Unterredung Dr. Lewalds mit Graf Skrzynski.

Genf. Der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Dr. Lewald, benutzte seine vorübergehende Anwesenheit in Genf, um mit dem polnischen Außenminister, Grafen Skrzynski, im Hinblick auf die für den 16. September anberaumte Zusammenkunft mit den polnischen Handelsvertragsbevollmächtigten die Grundlagen zu erörtern, auf denen sich eine Verständigung erzielen ließe. Der deutsche Bevollmächtigte hob hervor, daß ohne ein Entgegenkommen in der Frage des Niederlassungsrechts und in der Bindung der Zollfrage eine Verständigung ausgeschlossen erscheine, da beide wesentliche und unerlässliche Erfordernisse eines jeden Handelsvertrages seien. Auch würden die bevorstehenden neuen Verhandlungen kaum zu einem Erfolge führen, wenn nicht die durch die Ostentendenzweilungen und andere gegen das Deutsch-polnische geschlossene Maßnahmen der polnischen Regierung besetzte politische Atmosphäre eine Aufhellung erfahre. Der polnische Außenminister wies in seiner Erwiderung vorzugsweise auf die Bedeutung des Abschlusses einer Veterinärkonvention hin und stellte in Aussicht, bei seiner Rückkehr nach Warschau die erörterten Fragen einer Prüfung zu unterziehen.